

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
 4509 Solothurn
 Telefon 032 627 20 79
 Telefax 032 627 22 69
 pd@sk.so.ch
 www.parlament.so.ch

A 032/2011 (VWD)

Auftrag Fraktion Grüne: Alpiq soll Gesuch für Neubau Gösgen II zurückziehen (22.03.2011)

Der Regierungsrat wird beauftragt, sich bei der Alpiq unverzüglich dafür einzusetzen, dass der Energiekonzern das Gesuch für den Neubau Gösgen II zurückzieht.

Begründung (22.03.2011): schriftlich.

Wie aus der Presse zu vernehmen war, wollten die beiden AKW-Betreiber Axpo und BKW die Gesuche für den Bau neuer AKWs letzte Woche zurückziehen, doch die Alpiq hat sich geweigert, bei einem gemeinsamen Rückzug mitzumachen. In Anbetracht der neuen Situation nach dem grossen AKW-Unglück in Fukushima, Japan, soll der Kanton Solothurn die Produktion von Atomenergie aufgeben und die nötigen Vorkehren zu einer neuen und zukunftsfähigen Energieversorgungsstrategie mit Schwerpunkt auf erneuerbaren Energien treffen. Die Bevölkerung des Niederamtes ist mehrheitlich gegen den Bau eines neuen AKW. Die zusätzliche Wertschöpfung des Baus von Gösgen II kompensiert die negativen Folgen für die Bevölkerung des Niederamtes wie der weiteren umliegenden Region nicht. Die Summe, für welche die AKW-Betreiber bei einem ernstem Unfall haften, reicht bei weitem nicht, usw. Der Kanton Solothurn ist doppelt interessiert daran, dass die AKW-Pläne von Alpiq möglichst schnell aufgegeben werden: Einerseits ist er als Standortkanton verpflichtet, die Bedenken der Bevölkerung ernst zu nehmen und die Menschen im Kanton Solothurn vor den Gefahren der Atomtechnologie zu schützen. Andererseits hat er als wichtiger Aktionär mit einem Anteil von 5.6% der Alpiq-Aktien ein Interesse daran, dass nicht weiter teures Geld für eine alte Technologie ausgegeben wird, die voraussichtlich keine Chance auf eine Zukunft in der Schweiz hat. Der Kanton Solothurn als einer der Eigentümer von Alpiq soll seine Eignerrechte wahrnehmen und dafür sorgen, dass die öffentlichen Interessen durchgesetzt werden. Angesichts der nun notwendigen Entscheide für die zukünftige Energiepolitik ist die Dringlichkeit dieses Auftrags gegeben.

Unterschriften: 1. Marguerite Misteli Schmid, 2. Daniel Urech, 3. Felix Wettstein, 4. Doris Häfliger, 5. Felix Lang, 6. Barbara Wyss Flück. (6)